

Zur Eröffnung der Fachkonferenz „Öffentliche Daseinsvorsorge in Brandenburg“

Rede der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion der LINKEN
im Landtag Brandenburg, Kerstin Kaiser

Weite Teile Brandenburgs sind inzwischen angeblich den Wölfen überlassen und auch der Bär war im zweiten Anlauf erfolgreich. Das Kabarett warnt uns: „Mutter, pack was zu essen ein, wir fahr'n nach Brandenburg! Sie kennen das...“

Die Autoren eines Gutachtens zum demografischen Wandel in Brandenburg haben mit dem Szenario „Brandenburg wird älter, ärmer, männlicher und dümmter...“ und dem Vorschlag der Wegzugsprämie erheblich für öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt. Vom Finanzminister gar kam ein Totalverriss, der auf ihn selbst zurück fiel. Und das nicht nur, weil die genau die Regierungspolitik der Metropolregion plus Wachstumskerne in Kombination mit der Aberkennung der Zentrumsfunktion für über einhundert Gemeinden des Landes für genannte Befürchtungen sorgt, sondern auch, weil die Parole der „kontrollierte Verwilderung“ aus SPD-Strategiepapieren stammt.

Das Gutachten, vom Hauptausschuss des Landtages in Auftrag gegeben, hat zumindest eines erreicht: Die Öffentlichkeit diskutiert über die Perspektive Brandenburgs, vor allem über die der Berlin fernen Räume. Leider reduzierte sich diese „Diskussion“ bislang bei den meisten auf das Thema „Wegzugsprämie“, einen kurzen Passus auf über 130 Seiten. Dabei ist die nur ein Vorschlag, einer unter vielen. Er ist zudem eingeordnet in die zentrale Fragestellung des Gutachtens, in die Suche nach gangbaren Wegen für Brandenburg und seine Regionen – unter den Bedingungen des demografischen Wandels.

Lassen Sie mich aus dem Befund des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zitieren: Angesichts der demografischen Entwicklung wird „der Bereich um die Hauptstadt Berlin eher zu den Gewinnern im gesamtdeutschen Vergleich gehören. Für das Land Brandenburg bedeutet dies aber keine Entlastung, sondern eine Zerreißprobe. Nur wenige 'Leuchttürme' in der Peripherie zeigen bislang Anzeichen der Stabilität. **Die ländlichen Regionen außerhalb des Metropolengürtels, etwa die Prignitz, die Uckermark oder die Lausitz, treiben in eine Situation, für die bislang keine Lösungskonzepte vorliegen.**“

Für die Autoren des „Leitbildes für ein Brandenburg der Regionen“ – selbst Wissenschaftler, aktiv in Lehre und Forschung, aber auch in der Firma BabelConsult – wie auch für die Mitglieder der Landtagsfraktion *Die Linke* im Landtag Brandenburg kein so neuer Befund. Vor einem Jahr haben wir ihn laut ausgesprochen, sowohl mit unserer Kritik am Leitbild der Landesregierung für Berlin-Brandenburg als auch mit unserem eigenen Leitbild-Entwurf, mit dem wir seither einen öffentlichen Dialog im Lande führen und auf der Suche sind: nach Alternativen zur Politik des „Weiter so: Augen zu und durch!“, für ein zukunftsfähiges, solidarisches Brandenburg der Regionen, wobei soziale Gerechtigkeit Ziel und Maßstab der Politik sein soll.

Es steht zur Diskussion: Kein Masterplan, kein fertiges Programm, als Leitbild aber doch die Vorstellung von einem Land mit vielen verschiedenen Regionen und Orten, in dem die Rechte, die Bedürfnisse und Belange der Menschen zum Ausgangspunkt und Maßstab von Politik werden. Wo sich Politik an den Menschen ausrichten muss und nicht die Menschen verschwinden, weil Politik sich nicht ändern will.

Auf den Punkt gebracht: Wenn wir hier heute darüber reden, was für das **Dasein** der Menschen in Brandenburg als **Voraussetzung und Vorsorge** da sein müssen, dann geht es nicht um Prämien zum Wegzug, sondern darum, die Bedingungen zum Hierbleiben und Wiederkommen zu gestalten.

Abschließend stellen die Berliner Wissenschaftler ihrerseits in ihrem Aufsehen erregenden Gutachten denn auch fest: „Die Maßnahmen, die hier vorgeschlagen sind, ... bedeuten keine Revolution. Viele haben Vorbilder in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern, die meisten werden hierzulande bereits diskutiert. **Nur hat sie noch niemand in einer Region**“

gebündelt, entschlossen und konsequent eingesetzt. Die Instrumente sind neu und ungewohnt – eine Garantie für ihr Funktionieren in Brandenburg kann es kaum geben. Im Fall des Scheiterns wäre die Brandenburger Peripherie noch stärker als bisher von externen Hilfen abhängig. **Das wird sie aber auch im Falle des Nichtstuns beziehungsweise des Weiterarbeitens mit heutigen Mitteln sein.“**

Begeben wir uns also auf die Suche nach Alternativen.

(Ich bedauere sehr, dass die Diskussion über die mit dem demografischen Wandel zusammenhängenden Fragen auf Landtagsebene bisher nur marginal geführt wird. Zwar haben verschiedene Landtagsausschüsse Anhörungen von zum Teil hochkarätigen Experten durchgeführt, sichtbare Schlussfolgerungen für die Landespolitik gibt es aber immer noch nicht. Die Mehrheit von SPD und CDU weicht dieser Diskussion immer wieder aus. So weigerte man sich unlängst im Hauptausschuss, eine politische Grundbewertung der Aussagen des umstrittenen Gutachtens vorzunehmen. Dafür schickte man das Gutachten auf den – wie wir aus Erfahrung wissen – unendlichen Weg durch die Fachschüsse. Wenn alles gut geht, haben wir so vielleicht am Ende der Wahlperiode eine Stellungnahme zum Gutachten. Gewiss ist das aber nicht!)

Dies zur Einordnung unserer heutigen Konferenz, der ich einen interessanten, zur Diskussion anregenden Verlauf wünsche.